

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Eine Aenderung in der Lebensmittelorganisation des Reiches. — Was geht vor? (II). — Metrisches Maß, metrische Garnnummer und Fadenzahl (III). — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung in anderen Berufen. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Betriebsgewinne der Textilaktiengesellschaften. — Rohstofffragen der Textilindustrie. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Vom Wirtschaftskrieg. — Für unsere Frauen. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen.

Eine Aenderung in der Lebensmittelorganisation des Reiches.

✶ Vor einigen Wochen wurde berichtet, daß der Herr Staatssekretär Dr. Delbrück an Furunkulose erkrankt sei und einige Wochen den Staatsgeschäften fernbleiben müsse. Als dann der Herr Reichsminister im Haushaltsausschuß des Reichstages über unser Verhältnis zu Amerika berichtete, und der ganze politische Generalsstab mit zu der denkwürdigen Sitzung erschien, da sahen wir auch Herrn Dr. Delbrück wieder. Er sah zwar etwas abgefallen aus und man sah ihm ohne weiteres an, daß er, wenn nicht noch krank, so doch kaum von einer Krankheit genesen war, man nahm aber an, daß er nun trotzdem sein mit Arbeit tatächlich überbürdetes Amt wieder versehen und bei den Verhandlungen über die Ernährungsfrage Rede und Antwort stehen werde. Es ist aber anders gekommen. Wenige Tage nach jener Aussprache über unser Verhältnis zu Amerika wurde, zuerst wohl in der „Magdeburger Zeitung“, bekanntgegeben, daß Herr Dr. Delbrück wieder krank sei und nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde. Der Umstand, daß diese Nachricht im Zusammenhang gebracht wurde mit jener, in der eine Neuorganisation der Lebensmittelversorgung angekündigt wurde, hat viele Personen zu der hier zweifellos irrtümlichen Auffassung gebracht, auch Herr Dr. Delbrück sei nicht wirklich, sondern nur „politisch“ krank. Auch verschiedene größere politische Tagesblätter gaben dieser Auffassung Ausdruck. Man sagte, Herr Dr. Delbrück müsse abtreten, weil sein System der Lebensmittelversorgung Bankrott gemacht habe. Nun ist gewiß richtig, daß die Maßnahmen, welche das Reichsamt des Innern ergriff, um in diesem Kriege die Lebensmittelversorgung des Volkes zu organisieren, meist viel zu spät kamen und daher unwirksam waren und daß sie obendrein noch an schweren Mängeln litten. Das alles ist unbestreitbar. Und doch wäre es irreführend und daher schädlich für die zukünftige Lebensmittelversorgung, wollte man gelten lassen, daß eine Person als Sündenbock herausgegriffen würde, um in die Wüste geschickt zu werden. Irreführend wäre es darum, weil dann wahrscheinlich auch in Zukunft alles beim alten bleiben würde. Wichtig ist, daß wir oft empört waren, wenn wir hörten, wie sich Herr Delbrück mit glatten Worten hinwegzusetzen suchte über so manche, nach unserer Meinung bessere Einsicht. Aber wir wissen auch, daß der eigentliche Widerstand gegen durchgreifende Maßnahmen nicht von Herrn Dr. Delbrück, sondern von einer bündestaatlichen Stelle, nämlich von Preußen, ausging, und daß das Reichsamt des Innern eigentlich im per manentem Kampfe mit jener bundesstaatlichen Stelle lag; es befand sich zwischen zwei Interessenwirkungen, nämlich zwischen derjenigen der Konsumenten und derjenigen der Produzenten und des Großhandels. Zwischen den beiden Interessenwirkungen stehend, suchte das Reichsamt des Innern eine Art ausgleichende Gerechtigkeit zu schaffen, was ihm aber nicht gelang, weil die Produzenten und Großhändler im preussischen Verwaltungsapparat eine kräftige Stütze für die Wahrnehmung ihrer Interessen besaßen, während die Konsumenten keinerlei solche Stütze hatten. Wie oft haben wir nicht im Laufe des vergangenen Winters Gelegenheit gehabt, den passiven Widerstand zu beobachten, der von den unteren preussischen Verwaltungsbehörden ganz im Sinne der Produzenteninteressen den Maßnahmen der Reichsverwaltung entgegengekehrt wurde. Es fehlte eben die staatliche Stelle, die, mit unbeschränkter Machtbefugnis ausgerüstet, imstande war, allen Widerstand zu brechen.

Es soll nun eine solche Stelle geschaffen werden. Aber heute wird sie freilich nicht mehr viel nützen können; selbst wenn sie, was auch noch zweifelhaft ist, die Macht und den guten Willen dazu haben sollte. Hätte man im vorigen Jahre diesen Schritt unternommen, dann wäre alles noch gut gegangen. Dann wäre vielleicht gar heute der Krieg schon zu Ende. Denn soviel ist sicher, daß die Gegner Deutschlands ihre Hoffnung in der vergangenen Zeit, und ganz besonders für die Gegenwart, nur noch auf den Verbündeten Hunger setzen. Hätte man also im vorigen Jahre die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angenommen, in denen verlangt wurde, daß die Leitung der Lebensmittelversorgung einer besonderen Kommission mit weitgehenden Vollmachten übergeben werde, dann konnte rechtzeitig für völlig ausreichende Versorgung

der Bevölkerung Sorge getragen werden, und die feindlichen Regierungen würden dann nicht erst auf den Verbündeten Hunger spekuliert haben.

Wenn man die Verhältnisse von dieser Seite betrachtet, so muß man sagen, daß die Nichtbefolgung der sozialdemokratischen Vorschläge geradezu unverzeihlich ist. Es hat sich als sehr schädlich erwiesen, daß die Regierung davon Abstand nahm, die Lebensmittelwirtschaft zu zentralisieren. Dadurch gab sie ihre hauptsächlichste Macht preis; sie geriet vollständig in die Abhängigkeit der organisierten Agrarier, die vielfach ein schändliches Spiel mit den Stellen trieben, welche die Vermittlung der Lebensmittel aus den Selbstversorgerkreisen in die Bedarfskreise zu besorgen hatten. Die ganze Brotgetreide-, Kartoffel- und Futtermittelwirtschaft mußte zentralisiert werden, denn auf dieser Wirtschaft beruht auch die Fleisch-, Fett-, Butter- und Milchversorgung des Volkes, die heute die größten Schwierigkeiten macht. Wenn hier nicht durchgegriffen wird, dann nutzt weder ein Lebensmittelamt, noch ein General als Lebensmittelviktor etwas. Der Lebensmittelviktor kann keine Lebensmittel diktieren. Er kann nur dann dafür sorgen, daß die vorhandenen Lebensmittel zweckentsprechend verwandt werden, wenn er von vornherein über die ganzen Erntebestände verfügen kann.

Was haben wir denn im letzten Jahre erlebt? Selbst der Laie sah im vorigen Frühjahr, daß infolge der langen Dürreperiode keine gute Ernte zu verzeichnen sein werde, besonders nicht in Sommergetreide- und Futtermitteln. Ging man an den Roggenfeldern vorbei und sah die kurzen Halme und lichten Stellen, so trat einem unwillkürlich die Frage nahe, wie wird das nur im nächsten Winter und Frühjahr mit der Lebensmittelversorgung werden, wenn noch Krieg ist? Aber kaum waren die ersten Garben geerntet, da hieß es, wir haben eine sehr gute Ernte zu verzeichnen. Durch alle Zeitungen ging diese Kunde. Natürlich bewirkte sie, daß es nunmehr die Landwirte mit dem Verfüttern von Getreide an das Vieh nicht mehr genau nahmen. Und der Deutsche Landwirtschaftsrat tat ein übriges. Er gab das Gutachten ab, daß wir eine großartige Roggenernte hätten, worauf die Reichsgetreidestelle eine ungeheure Menge Roggen zur Verschrotung für das Vieh freigab. So bekamen die Agrarier im Herbst vorigen Jahres genügend Kernfutter zur Mast der Schweine, die sie später in ihrem Haushalt schlachteten und deren Speckseiten und Schmalz heute die Vorratskammern jener Leute füllen. Jene haben, dank der unrichtigen Angaben, die zur Verschrotung des Roggens führten, ihren Bedarf an Fleisch und Fett mehr als reichlich decken können, das übrige Volk aber bekam um dieselbe Zeit, wo sich bei den Agrariern die Vorratskammern füllten, den Hungerriemen enger geschnallt. Im November bekam man „Gewissensbisse“ darüber, ob wohl die erste Ernteschätzung richtig gewesen sei. Es wurde eine nochmalige Bestandsaufnahme angeordnet, und nun ergab sich, daß weit weniger Getreide vorhanden war, wie man anfänglich, wo noch nicht alles ausgedroschen war, angenommen hatte. Nun wurden dem arbeitenden Volke die Brotationen verkleinert; just zu der Zeit, wo sich die „Selbstversorger“ zu den wohlbesetzten Tafeln setzen konnten. Wirklich, wenn man sich das alles so überlegt, dann ist es schwer, äußerst schwer, der Empörung Herr zu werden.

Ja, wenn nun wenigstens jetzt noch — in allerletzter Minute! — etwas Durchgreifendes geschehen möchte! Aber offen gestanden: den Glauben daran haben wir verloren. Schon sind die Agrarier wieder auf dem Plan, um dafür zu sorgen, daß alles beim alten bleibt. Sie haben Vorschläge ausgearbeitet und durch die Abgeordneten Kreth, Dr. Koejide und Graf von Westarp dem Reichshaushaltsausschuß des Reichstags vorgelegt. Nach diesen Vorschlägen soll auch in Zukunft die heutige Dezentralisation in der Brotgetreidewirtschaft erhalten und sogar noch weiter ausgebaut werden. Ueberhaupt sollen sich die Maßnahmen der neuen Lebensmittelstelle in der Reichsregierung nicht gegen die Produzenten richten, sondern nur gegen die Händler. Von einer Beschlagnahme der gesamten Ernte an Getreide, Kartoffeln und Futtermitteln soll keine Rede sein, damit jene Leute also weiter wuchern, mästen und schlachten können. Denn das Hauschlichtverbot, das schon längst allgemein nötig gewesen wäre, aber erst in einigen Landesteilen besteht, soll auf Verlangen der Agrarier wieder aufgehoben werden. Wird diesen Vorschlägen Rechnung getragen, dann verlängert das weiter den Krieg, denn dann werden eben die feindlichen Regierungen von neuem zu der Spekulation kommen, da ihnen ja die Lebensmittelwucherer in Deutschland so trefflich in die Hände arbeiten. Deshalb ist es nötig, jetzt, wo die Neuorganisation in der Lebensmittelversorgung vor sich geht, noch einmal einen kräftigen Protest einzulegen gegen die agrarische Methode.

Soll die Zukunft Deutschlands gerettet werden vor den Plänen der kapitalistischen Regierungen der gegen Deutschland Krieg führenden Länder, dann muß in der Lebensmittelversorgung nach den Grundzügen verfahren werden, welche seither von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei vertreten wurden. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unternimmt es in Nr. 20 noch einmal, eine systematische Zusammenstellung der Maßnahmen bekanntzugeben, die im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden müssen. Wir ziehen kurz die Hauptforderungen heraus. Wir fordern:

1. Ein Reichslebensmittelamt, ausgerüstet mit den weitgehendsten Befugnissen für die Anordnung der Erzeugung, Aufbewahrung und Verteilung der Lebensmittel.
 2. Ausrüstung dieser Zentralgewalt mit einem Stab erfahrener Sachverständiger und mit praktischen Männern der Verwaltung, um die Durchführbarkeit der nötigen Maßnahmen zu prüfen und vorzubereiten.
 3. Schaffung von Zentralen für die einzelnen Lebensmittelgruppen, denen die Beschaffung, Aufbewahrung und Zuführung obliegt, und von Zentralen für die Versorgungsgebiete, die den Bedarf, die Verteilung und den Verbrauch regeln.
 4. Förderung, Kontrolle und Regelung der Lebensmittelherzeugung, als erste Aufgabe des Reichslebensmittelamtes.
 5. Kontrolle der Einfuhr ausländischer Lebensmittel durch die Zentraleinkaufsgesellschaft.
 6. Größte Umsicht bei der Feststellung des augenblicklichen und späteren Bedarfs und bei der Verteilung der Lebensmittel; insbesondere rechtzeitige Verfügbarmachung der Lebensmittel aus den Versorgungszentralen an die Gemeinden und Gemeindeverbände der Verbrauchsgebiete.
 7. Verteilung der Lebensmittel an die Verbraucher durch die Gemeinden und Kontrolle der Verteilung durch dieselben, falls die Verteilung durch von den Gemeinden bestimmte Händler geschieht.
 8. Regelung des Verbrauchs durch Festsetzung von Höchstmengen. Errichtung von Speisehallen, Bürger- und Volksküchen, um die vorhandenen Lebensmittel rationeller verwenden zu können.
 9. Organisation der Kontrolle über die Verteilung und den Verbrauch in den Gemeinden unter Einziehung freiwilliger Hilfsorgane.
 10. Errichtung öffentlicher Beschwerdestellen für Beschwerden über wahrgenommene oder vermutete Gesetzesübertretungen, Gesetzesumgehungen, Benachteiligungen oder unzulässige Begünstigung einzelner.
- Werden diese zehn Gebote der Lebensmittelversorgung jetzt in Kraft gesetzt, dann zweifeln wir nicht daran, daß sich bald bessere Zustände für die Ernährung des Volkes herausbilden werden und daß dann auch der Friede kommen wird, weil die feindlichen Regierungen nicht mehr die Hoffnung haben können, das deutsche Volk, das sie mit den Waffen nicht überwinden können, mit dem Hunger zu überwinden. Wir meinen, es wäre also nun wirklich nicht schwer, einmal das Richtige zu treffen.

Was geht vor?

II.
Wenn auch die Baumwollindustrie für die erste Zeit mit der Deckung des einheimischen Bedarfs vollauf zu tun haben wird, so wird es doch ihre Aufgabe sein, durch Schaffung eigener Zentralstellen für den Export die Ausfuhrmöglichkeiten vorzubereiten, um zu rechter Zeit mit der entsprechenden Kraft einzutreten. Sie wird später mehr als früher ihre Anpassungsfähigkeit auch auf die Anforderungen des überseeischen Handels auszu dehnen haben. Was man „drüben“ verlangt, ist vielfach etwas anderes in den Qualitäten, der Weiterung, der Ausstattung, der Numerierung usw. als bei uns. Vielfach stand der Möglichkeit, in größerem Umfang Erzeugnisse der Baumwollindustrie zu exportieren, das Unvermögen der Industrie gegenüber, sich den handelsüblichen Gebräuchen beim Ueberseegechäfte anzupassen. Aber nicht nur diese Notwendigkeit tritt bei der Wiederaufnahme der Ausfuhr an unsere Industrie heran, sie wird sich auch an eine größere Spezialisierung ihrer Produkte gewöhnen müssen, wenn es ihr gelingen soll, erfolgreich gegen ihren stärksten Konkurrenten, England, aufzutreten.

Nehmen unsere deutschen Betriebe die Entwicklung, wie sie uns im technischen Aufbau von der englischen Textilindustrie vorgezeichnet ist, und bewährt der deutsche Kaufmann nach dem Kriege wieder seine alte Tüchtigkeit und Fähigkeit, dann wird es uns gelingen, unsere alte Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erobern und sie noch weiter auszuweihen.

Die Entwicklung, welche die deutsche Textilindustrie in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege genommen hat, zeigt uns am deutlichsten, wo die Möglichkeiten für eine Ausdehnung unserer Industrie liegen. Vielleicht hat man bei uns dieser friedlichen Evolution (Entwicklung) in Bayern, namentlich in Südbayern, nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die notwendig gewesen wäre, wenn wir an der Spitze der Baumwollindustrie bleiben wollten. Vor 40, 30, noch vor 20 Jahren war die Grundbedingung für die Entwicklung einer Industrie das Bestehen ergiebiger Wasserkräfte, die als motorische Triebkräfte benutzt werden konnten. Heute ist durch den Ausbau der Technik diese Frage in den Hintergrund getreten. Ausschlaggebend dafür ist die geographische Lage der produktiven Industrie an den großen konsumierenden Zentren, die Nähe schiffbarer Wasserstraßen für den billigen Bezug der Rohstoffe, wie Kohlen, Baumwolle usw. und das Vorhandensein reich ausgebauter Schienenstränge. Wir in Süddeutschland liegen deshalb ungünstig, weil wir alle benötigten Rohstoffe mit bedeutenden Frachten zu uns ziehen müssen, wofür wir enorme Summen zu verauslagen haben, die naturgemäß jede Kalkulation ungünstig beeinflussen.

Wenn wir auch infolge unserer Qualitätsarbeit eine beherrschende Stellung innerhalb der deutschen Baumwollindustrie heute noch einnehmen, so wissen wir nicht, wie sich dieses Verhältnis im Laufe der Zeit zu unseren Ungunsten verschieben kann. Es können nicht Organisationen zwangsweise geschaffen werden, welche unsere Entwicklung hemmen, man muß es vielmehr in die Hände der Industrie selbst legen, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die ihr eine günstige Entwicklung auf dem Inlandsmarkt und im Weltmarkt sichern.

Unsere bayerische Regierung hat aus steuerpolitischen Gründen alle Urjahe, diesen Erscheinungen ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen, denn würde unsere Industrie stillstehen, so wäre das der Rückschritt. Weil uns im Süden Deutschlands die großen, dichtbevölkerten, aufnahmefähigen Konsumzentren fehlen, weil uns die großen, schiffbaren Wasserstraßen mangeln, ebenso die dichten Schienenetze, deshalb werden wir unsere Anstrengungen nach dem Kriege verdoppeln müssen, um auf der Höhe zu bleiben. Das ist aber nicht möglich, wenn Organisationen geschaffen werden, welche den Fortschritt hemmen. Unsere Baumwollindustrie befand sich vor dem Kriege in einem Aufschwungsprozesse. Er wird nach dem Kriege fortauern und neue Verhältnisse schaffen, Verhältnisse, wie sie sich durch die natürliche Entwicklung von der Industrie zum Handel und Konsum von selbst ergeben. Die jetzige Zeit fördert den Zusammenbruch; der Boden für die organisierte Arbeit war nie so vorbereitet wie jetzt. Sorgen wir dafür, daß die richtigen Wege begangen werden.

Das Ganze ist vorerst noch in ein recht orakelhaftes Gewand gekleidet; es ist auch aus diesen Ausführungen noch nichts Bestimmtes über einen bestehenden Plan zur Zwangsvertrufung der deutschen Baumwollindustrie zu ersehen. Aber jodiel kann man doch aus ihnen bereits entnehmen, daß Erwägungen dazu geführt haben müssen, die Zwangsvertrufung ernstlich ins Auge zu fassen. Offenbar handelt es sich um einen Plan, der gefördert wird von den Unternehmern der Baumwollspinnerei. Das deutet auch an die Ausführungen des Krefelder Spinnereidirektors Herrn Schütte. Wir hätten es da mit einem höchst gefährlichen Vorhaben der Hochschulzöllner in der deutschen Textilindustrie und dann aber auch mit einem Plan zu tun, den auch wir Arbeiter in der Textilindustrie auf das allerjährlche bekämpfen müssen. Wir sind daher wohl berechtigt zu fragen: Was geht vor?

Metrisches Maß, metrische Garnnummer und Fadenzahl.

III.
Wenn man einwenden wollte, daß bei der Umrechnung das Räderwerk der Wechsel keine runde Nummer bringen könnte, so sind diese Bedenken leicht zu zerstreuen, denn die Zähnezahl der Wechsel hat mit der Nummer gar nichts zu tun, weil deren Berechnung auch bei der englischen Nummerierung nicht genau immer Nr. 36er Kette oder 42er Pinfops ergibt, und auch die beste Spinnerei nicht imstande ist, den Faden durchwegs genau in der gewünschten Nummer herzustellen; kleine Schwankungen sind nicht zu vermeiden, weil sie ein Produkt sind von Trockenheit und Feuchtigkeit in der Luft und in den Sälen, und es weiß jeder Spinner und jeder Weber, daß man nur von einer richtigen Durchschnittsnummer sprechen kann und kleine Unterschiede, je nach Vereinigung von 1 bis 2 oder 3 Proz. vom Käufer unbeanstandet bleiben müssen. Uebrigens ist die Einteilung der Wechselräder geeignet, jede Nummer annähernd zu erreichen. Das System der Nummernkombination ist so geübt, daß es ohne Widerspruch Vorgepinnste und Garne nach der französischen oder metrischen Nummer herstellen läßt, sobald der Techniker sich auf die Umrechnung der französischen Nummer zur englischen eingelebt hat; Kosten entstehen dadurch nicht, ebenso keine Uebergangsarbeiten von irgendwelcher Bedeutung, nachdem das englische Maß und Gewicht nur ein technisch-theoretisches Hilfsmittel ist, und die Garne auf Grund deutscher Geleze nach Kilogramm verkauft werden müssen; nur Bündelgarne werden vorläufig noch nach englischen Pfunden gepackt.

Dies alles gilt genau auch für die Weberei, und es zengt nicht von besonderer Schmiegsamkeit an die modernen Anforderungen der Zeit, wenn man in den Spulereien, Zettlereien und Webereien noch immer mit englischen Gewichten arbeitet, während es doch so einfach ist und jede Umrechnung ersparen läßt, wenn man direkt mit Kilogramm und Längen nach Metern rechnet. Die meisten Webereien kalkulieren schon seit einem Menschenalter ausschließlich nach Kilogramm und nach Metern; auch die Buntweberei, die ja neben Baumwollgarnen auch noch Geppinte aus Wigogne, Wolle, Leinen usw. verwendet, wird, sobald sie einmal den ersten Schritt zur Umänderung getan hat, eine bedeutende Erleichterung für ihre Fadenberechnungen usw. darin erblicken; Uebergangsarbeiten wird es auch hier nicht geben.

3. Der Hauptwiderspruch gegen die Einführung des metrischen Maßes und der Gewichte kommt aus den Reihen der für den Export arbeitenden Webereien und Zwirnereien,

indem man der Auffassung ist, im internationalen Wettbewerb könne man nur mit Yards und englischen Zollen konkurrenzfähig sein. Es ist dies das gleiche Vorurteil wie bei den Importhäusern, die früher beim Bezug von Waren aus den überseeischen Ländern geglaubt haben, ohne Tratten auf England nicht durchkommen zu können. Vor vierzig Jahren mag es noch seine Berechtigung gehabt haben, daß man für die Einfuhr z. B. von Baumwolle aus Amerika, Indien und Ägypten englischen Rembours gegeben hat, weil man nicht wagte daran zu denken, daß ein Amerikaner oder ein Indier oder ein ägyptisches Baumwollhaus eine Kreditöffnung in Deutschland annehmen würde, während man es ziemlich für selbstverständlich hielt, daß man ägyptische und indische Baumwolle auch mit einem Wechsel auf Zürich oder Paris bezahlen konnte. Das gleiche ist der Fall mit der vor vierzig Jahren noch als selbstverständlich betrachteten Notwendigkeit, ostindische, amerikanische und ägyptische Baumwolle in London, bzw. in Liverpool zu kaufen, und auf dem Umweg über England zu beziehen, wobei der englische Verkäufer sich, abgesehen von einigen anderen diskreten Vorteilen, 1 1/2 Proz. Kommission sicherte und der deutsche Käufer 1/4 oder 1/2 Proz. seinem Bankier zu bezahlen hatte. Seit Errichtung des Deutschen Reiches ist darin ein erfreulicher Wandel zutage getreten; der Londoner Markt für ostindische Baumwolle, der in den 60er Jahren noch maßgebend war, ist seit Jahrzehnten von der Bildfläche verschwunden, nur in Ausnahmefällen wird ein deutscher oder österreichischer Spinner Baumwolle aus Liverpool beziehen, er hat sich inzwischen daran gewöhnt, entweder seinen Bedarf in den Ursprungsländern direkt zu decken, oder die Bequemlichkeit des Deutschen Baumwollmarktes in Bremen zu berühen; in beiden Fällen umgeht er die englische Vermittlung und bezahlt, ebenso wie in Amerika, in Indien und Ägypten und in Kleinasien, mit deutscher Währung.

Nicht viel anders ist es mit der Benützung der ausländischen Schifffahrt; bis in die 70er und 80er Jahre hinein war es mehr oder minder selbstverständlich, daß die für Deutschland bestimmten Baumwollsendungen durch englische Schiffe verhandelt wurden. Auch damit hat der deutsche Unternehmungsgeist aufgeräumt; in glänzendem Aufstieg haben zwei große deutsche Schifffahrtsgesellschaften in zäher Beharrlichkeit den Engländern einen großen Teil des Transports der nach Deutschland gehenden Baumwolle und der von Deutschland kommenden Industriegüter abgenommen, die Hamburg-Amerika-Paketschiffahrtsgesellschaft und der Norddeutsche Lloyd haben sich auf den ersten Rang der Welt hinaufgearbeitet, deutsche Riesenschiffe beherrschen den Personenverkehr zwischen Amerika und Europa und Asien, und mit Neid verfolgen die englischen Verfrachter, wie die großen deutschen Schiffsgeellschaften den Markt an sich gerissen haben.

Es gehört nur einiger Mut dazu, die eingerissene Abhängigkeit vom Auslande abzuschütteln, und gerade die Gegenwart, die uns mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie gewaltig der Druck Englands, gleich einer Wiederholung der Kontinentalperre Napoleons, auf Deutschland und den neutralen Staaten lastet, muß auch dem vorichtigsten Exporteur die Erkenntnis geben, daß wir wie auf politischem Gebiet uns auch auf unseren Handelswegen freies Meer und freien Absatz sichern müssen.

Die Einführung des metrischen Maßes wird für England nahezu eine verlorene Schlacht bedeuten, besonders wenn es gelingt, die Reichsregierung dazu zu veranlassen, die metrische Garnnummerierung für das Inland als allein gültig vorzuschreiben. Manchester muß dann wohl oder übel auf die Ausfuhr englischer Garne nach Deutschland verzichten oder durch das caudinische Joch der Nachahmung Deutschlands gehen und mit seiner eigenen Nummer und den anderen Absonderlichkeiten in Maß und Gewicht zugunsten des metrischen Maßes aufräumen, soweit es deutsche Kunden bedienen will.

Es mag offen gelassen werden, ob man, wenn die Umänderung stattfindet, das französische Nummerisystem auf der Grundlage von 500 Gramm oder das rein metrische System von 1000 Gramm annehmen will; es dürfte sich empfehlen, das in Elsaß und Frankreich eingeführte System der Nummerbestimmung für 1/2 Kilogramm anzunehmen, weil dadurch die Einheitlichkeit angebahnt und eine spätere Zerpflückerung vermieden wird.

Ich bin auch der Meinung, daß man nicht dabei stehen bleiben sollte, nur für Baumwollgarne den oben angedeuteten Weg zu gehen, man sollte reinen Tisch machen und für alle Gewebe, sei es aus Seide, Flachs, Hanf oder Jute, das gleiche System anstreben; ich weiß aus meiner Tätigkeit in der Hanfindustrie, daß dort lebhafteste Wünsche für die Einführung des metrischen Systems bestehen, und daß zweifellos eine Einigung auch in den anderen Textilparten erreicht werden kann, wenn die Baumwollspinnerei und Weberei, als die größte Faserindustrie, mit gutem Beispiel vorangeht, und es ist Sache derjenigen Herren, die Beziehungen zu den anderen Textilindustrien haben, im Sinne der Einigung auf das metrische System einzuwirken.

Ich strebe übrigens auch schon lange danach, aus der Weberei die Berechnung der Fadenzahl nach viertel französischen Zollen zu verbannen. Es hat das um so mehr Berechtigung und ist eigentlich selbstverständlich, als es französische Zoll überhaupt nicht mehr gibt und Frankreich nur nach Zentimetern rechnet, nach einem Maße, das auch in Deutschland und anderen Kontinentalstaaten im öffentlichen Verkehr als allein gültig erscheint. Die Umrechnung von ein viertel Zoll französisch auf einen Zentimeter bietet ebenso wenig Schwierigkeiten, als die Umrechnung der englischen in die französische Garnnummer, sogar unsere Fadenzähler sind fast ausschließlich auch auf Zentimeter eingerichtet, und da das Deutsche Reich bei seinen Militäraufträgen die Fadenstellung nach Zentimetern vorschreibt und der deutsche Zolltarif von 5 m/m im Gebiet spricht, so scheint es mir höchste Zeit zu sein, daß wir mit der veralteten Ausländerei auch in dieser Beziehung gehörig aufräumen und uns den Bestrebungen anschließen, die allseits der Reinigung unserer deutschen Sprache auf technischen, kaufmännischen und allgemein wirtschaftlichen Gebieten getrieben werden.

Wenn wir einig sind und während der ersten Zeit ohne Rücksicht auf Bequemlichkeit für die Umänderung eintreten, muß sie gelingen, sie wird auch unsere Verbündeten zu gleichen Schritten veranlassen und in den in der nächsten Zeit zu fassenden Handelsverträgen festen Grund und Boden finden.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie. Deutschland.

Teuerungszulagen. Der mit der Firma Joseph Schwaigers Wwe., Seilerwarenfabrik in München, seitens des Deutschen Textilarbeiterverbandes abgeschlossene Tarifvertrag würde am 30. Juni d. J. ablaufen. Mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse haben die Arbeiter aber von einer Kündigung ab, ebenso die Firma. Nach Verhandlungen mit dem Gauleiter, Kollegen Feinhals, sah sich der Firmeninhaber, Herr Karl Schwaiger, veranlaßt, die seit vorigem Jahre bestehenden Teuerungszulagen um 1,80 Mk. für die männlichen und um 1,20 Mk. für die weiblichen Arbeiter pro Woche zu erhöhen. Demnach beträgt die Gesamtteuerungszulage für jeden Arbeiter 4,80 Mk. und für jede Arbeiterin 4,20 Mk. pro Woche. Die erhöhte Teuerungszulage tritt sofort in Kraft. Außerdem erhalten die Monteur noch eine besondere Teuerungszulage von 10 Pf. pro Stunde, die außerhalb des Betriebes gearbeitet wird. Die Belegschaftsversammlung nahm mit Befriedigung von dem Resultat der Verhandlung Kenntnis und sprach sich anerkennend über das soziale Verständnis des Herrn Schwaiger aus.

Aus der Bewegung in anderen Berufen.

Reichskonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Eine Reichskonferenz des Bauarbeiterverbandes, die an Stelle eines Verbandstages am 15. Mai und den folgenden Tagen in Hamburg tagte, nahm zu verschiedenen Fragen, das Baugewerbe betreffend, Stellung, in der Hauptsache zu dem Reichstarif. Die Haltung der Unternehmer, die eine Teuerungszulage abgelehnt hatten, führte dazu, daß das Reichsamt des Innern sich für die Arbeiter ins Mittel legte, um eine ernste Störung des sogenannten Burgfriedens zu vermeiden. Das führte zu geringen Zugeständnissen seitens des Unternehmertums, die indes den Arbeitern nicht genügten.

Inzwischen kam für Berlin, das seit 1910 außerhalb des Reichstarifs steht, ein Vertrag zustande, der eine Lohnerhöhung von 11 bzw. 14 Pf. vorsieht.

Auch für die Orte im ostpreussischen Wiederaufbaugebiet kam es zu einem für die Arbeiter günstigen Vertragsabschluss. Hier erfolgten Lohnerhöhungen von 20 bis 30 Pf. Da mußte sich der Arbeitgeberbund sagen, daß es nun mit den niedrigen Angeboten nicht getan sein könne. So fanden die Bemühungen der Reichsregierung um Wiederaufnahme der Verhandlungen einen günstigen Boden, die Unternehmer erklärten sich zu weiteren Zugeständnissen bereit und damit war der Weg für neue Verhandlungen frei. Ihr Ausgang ist bekannt. Die Arbeiter erhalten in den kleinsten Vertragsorten eine Teuerungszulage von 7 Pf., wovon 4 Pf. jogleich, 2 Pf. vom 1. Juli und 1 Pf. vom 1. September an gezahlt werden. Für die größeren Orte beträgt die Zulage 10 Pf. mit der zeitlich gleichen Staffellung: 5, 8 und 2 Pf. Für die Orte mit neunstündiger Arbeitszeit werden 11 Pf. gezahlt, und zwar 6, 3 und 2 Pf.

Die Arbeitervertreter erklärten sich bereit, dies Angebot ihren Auftraggebern zu unterbreiten und die Verlängerung des Reichstarifvertrages auf dieser Grundlage zu befürworten.

Und nun hatte die Konferenz das Wort dazu. Sie stimmte den Vorschlägen einstimmig zu. Gegen wenige Stimmen wurde sodann beschlossen, für Arbeitseinstellungen, die etwa zur Durchführung der Vorschläge notwendig würden, die Streikunterstützung um 3 Mk. pro Woche zu erhöhen.

Der Fortdauer des Reichstarifs bis zum 31. März 1917, wenn bis zum 31. Dezember 1916 mit einer der feindlichen Großmächte der Friede noch nicht abgeschlossen sei, und den vereinbarten Teuerungszulagen stimmte man einstimmig zu. — Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat den Abmachungen gleichfalls endgültig zugestimmt.

Aus den Gewerkschaften.

50 Jahre Deutscher Buchdruckerverband.

Am 20. Mai feierte der Deutsche Buchdruckerverband das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens. Wir benutzen das als Anlaß, dem Jubilar die besten Wünsche für sein ferneres Blühen und Gedeihen und sein wohlthätiges Wirken für die Jünger der „schwarzen Kunst“ darzubringen.

Aus der Textilindustrie.

Völliger Ersatz für Jute.

Wekanntlich hat England die Einfuhr von Jute nach Deutschland verhindert. Das ist der Juteerzeugindustrie sehr zustatten gekommen. Diese Erzeugindustrie bestand zwar schon vor dem Kriege, konnte aber im Konkurrenzkampf mit den Jutefabriken bei weitem nicht so zur Geltung kommen, wie jetzt, wo Jute nicht mehr vorhanden ist. Heute beherrschen die Juteerzeugstoffe vollständig den Markt. Nach den Angaben des Generaldirektors Hartmann des gräflich Hensel v. Donnersmarckschen Zellulose- und Papierkonzerns, Svdowjane, haben die genannten beiden Erzeugstoffe mit Papier nichts mehr als die Herkunft gemein. Bei den daraus hergestellten Teppichen fällt das Leimen und Färben weg. Sie rollen sich auch weniger leicht. Das Papiergarn hat sehr starke Pressungen ausgehalten, wie sie in der Herstellung von Linoleum unerlässlich sind. Es eignet sich in gleicher Weise zu Möbelstoffen und Gardinen. Tischdecken und Wandbespannungen lassen sich genau so chemisch reinigen wie die bisher verwendeten ausländischen Gewebe, sind aber viel billiger. Ihre Farbechtheit ist erwiesen. Der Spagat läßt sich aus Papiergarn mit anderem Füllmaterial herstellen. Die Hauptverwendung der uns durch England geperreten Jute waren aber bekanntlich die Säcke. Die Festigkeit des neuen Materials wurde so gesteigert, daß eine Anzahl mit Getreide gefüllter Säcke sechs Stockwerke tief über eine fünfmal geteilte Ruthe heruntergelassen werden konnte, und zwar dreizehnmal hintereinander, ohne daß sie plakten. Nachdem sie 24 Stunden im Wasser gelegen hatten, wurden sie dieser Prozedur noch einmal unterzogen und selbst da passierte nicht mehr, als was bei einem Jutesack auch geschehen wäre, daß sich einige Nähte verschieben. Ein Verfahren, das neue Garn um 15 bis 20 Proz. leichter zu machen, ist fertig. Nur wird seine

Ausführung erst nach dem Kriege in Angriff genommen werden. Sierdurch werden Englands Pläne, die Rohwolle mit hohen Zöllen zu belegen, zunichte gemacht und in den verbündeten Staaten eine neue, große Aussicht versprechende Industrie geschaffen.

Hollands Wettbewerb gegen die Liverpooleer Baumwollbörse.

Man meldet aus dem Haag: Die staatliche Genehmigung zur Errichtung einer Baumwollbörse in Rotterdam, die in Wettbewerb mit der Liverpooleer treten soll, und für welche die „Vereinigung voor den Katoenhandel“ die Satzungen bereits eingereicht hat, steht nahe bevor. Die neue Börse soll den gesamten holländischen Baumwollhandel vereinigen.

Die Zuständigkeit des Webstoffmeldeamts.

Von amtlicher Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß häufig die Erledigung von Anträgen, die an die Kriegsrrohstoffabteilung des Kriegsministeriums gerichtet werden, durch falsche Adressierung der Eingaben außerordentlich verzögert wird. Das Webstoffmeldeamt bearbeitet nur: 1. Die regelmäßig wiederkehrenden Bestandserhebungen von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und daraus hergestellten Garnen und Seilsäden. 2. Die Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirk- und Strickwaren und der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für See-, Marine und Feldpost, sowie die früheren Beschlagnahmen fertiger Textil-erzeugnisse, z. B. die Beschlagnahme der feldgrauen, grauen und graugrünen Militärtücher. Ferner erfolgt durch das Webstoffmeldeamt die Verwendung von Drucksachen, sofern in den Verordnungen das Webstoffmeldeamt ausdrücklich als Abgabestelle bezeichnet ist. — Zur Vermeidung von Verzögerungen empfiehlt sich, an die „Kriegsrrohstoffabteilung (ZV)“ alle die Webstofffragen betreffenden Schreiben zu richten, bei denen die für die Erledigung zuständige Stelle der Kriegsrrohstoffabteilung nicht zweifelsfrei feststeht, z. B. bei Fragen, die sich nicht auf eine besondere Industriebranche, oder die sich auf mehrere von verschiedenen Sektionen bearbeitete Spinnstoffe beziehen.

Erzeugung von Mohärgarn in Deutschland.

Das Wollhaar der Angoraziege, die in der Türkei und in der Kapkolonie gezüchtet wird, bildet den Rohstoff zu dem vielgebrauchten und beliebten Mohärgarn. Mohärgarne wurden im Jahre 1913 allein von der sächsisch-thüringischen Webstoffindustrie und den in Sachsen befindlichen Fabriken, die Leppische, Blüsch, Dedem und Tücher fabrizieren, in einer Menge von 2 538 544 Kilogramm verarbeitet. Das Garn mußte nahezu alles aus England bezogen werden, da die deutsche Spinnerei nicht darauf eingerichtet war. Wie jetzt berichtet wird, soll das in Zukunft anders werden. Das sächsische Ministerium des Innern überfandte der Handelskammer zu Plauen eine Eingabe der Handelskammer Bittau, worin diese die Errichtung einer Leppspinnerei für Mohärgarne in Sachsen durch Verlegung einer im Generalgouvernement Warschau anässigen, nach englischem System Mohärgarne erzeugenden Spinnerei anregte und als geeigneten Ort dafür Bittau in Vorschlag brachte. Die Kammer befürwortete in ihrem Bericht die Errichtung einer derartigen Anstalt, die jedoch nach ihrer Auffassung am besten in Reichenbach i. V. der dort bestehenden höheren Spinnschule angegliedert werden sollte. Da Reichenbach i. V. gewissermaßen im Mittelpunkt der Industrie liegt, die das meiste Mohärgarn verarbeitet, so dürfte wohl dort die Spinnschule für das genannte Garn angegliedert werden.

Betriebsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

Thüringer Wollgarnspinnerei A.-G. in Leipzig.

Nach 162 297 Mk. (460 089 Mk.) Abschreibungen stellt sich der Reingewinn einschließlich des Vortrages von 125 611 Mk. (88 073 Mk.) aus dem Vorjahr auf 797 591 Mk. (787 438 Mk.). Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß vorweg aus dem vorjährigen Vortrag 30 000 Mk. für Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt wurden. Der Reingewinn soll folgende Verwendung finden: 12 Proz. (wie i. V.) Dividende gleich 510 000 Mk. (wie i. V.), Rücklage für Kriegsgewinnsteuer 30 000 Mk. (0). Rückstellung für Lohnsteuer 3000 Mk. (6000 Mk.), Gewinnanteile von Aufsichtsrat und Vorstand 87 709 Mk. (96 916 Mk.), Vergütung an Beamte und Meister 17 680 Mk. (18 910 Mk.), Versorgungs- und Unterstützungsbestand für Beamte und Meister 20 000 Mk. (30 000 Mk.) und Vortrag 129 204 Mk. (125 611 Mk.).

Färberei Glauchau, A.-G. in Glauchau.

Der auf den 30. März einberufenen Hauptversammlung werden 8 Proz. (i. V. 6 Proz.) Dividende vorgeschlagen. Der Reingewinn beziffert sich nach Abschreibungen von 62 046 Mk. (i. V. 61 359 Mk.) einschließlich Vortrag auf 1 537 755 Mk. (1 211 884 Mk.). Der neue Vortrag wird auf 50 000 Mk. (45 000 Mk.) bemessen.

Mechanische Seidenweberei Vieren, A.-G., Vieren.

Nach Abschreibungen von 49 342 Mk. (50 944 Mk.) und einer Kriegsgewinn-Rücklage von 48 000 Mk. (0) verzeichnet die Gesellschaft einen Reingewinn von 296 666 Mk. (15 661 Mk.), woraus 20 Proz. (9 Proz.) Dividende verteilt und 31 512 Mk. (25 989 Mk.) vorgetragen werden sollen.

Deutsche Wollwarenmanufaktur A.-G. in Grünberg i. Schl.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 6. Dezember 1915 ist die im Jahre 1909 angebaute Fusion mit der Schlesischen Tuchfabrik R. Wolff Aktiengesellschaft zu Grünberg beschlossen worden, in Ausführung dieses Beschlusses sind die Aktiva und Passiva der letzteren, wie aus der Bilanz ersichtlich, auf die Deutsche Wollwarenmanufaktur A.-G. in Grünberg i. Schl. übergegangen. Der von der Schlesischen Tuchfabrik bis zum Tage der Verschmelzung erzielte recht befriedigende Gewinn ist vorweg zur Minderung ihrer Buchwerte verwendet worden. Infolge dieser Vereinigung ist der in der letzten Bilanz unter Effekten-Konto mit 641 250 Mk. bewertete Besitz an Schlesischen Tuchfabrik-Aktien in Fortfall gekommen. Der diesmal ausgewiesene Bestand an Effekten enthält fast ausschließlich Deutsche Reichsanleihe. Er ist inzwischen im neuen Jahre anlässlich der Ausgabe der vierten Kriegsanleihe um weitere 650 000 Mk. vermehrt worden. Der

Nettoumsatz belief sich einschließlich des Umsatzes der Schlesischen Tuchfabrik R. Wolff auf 21 524 583 Mk. (i. V. 12 397 904 Mk.), der Fabrikationsgewinn beträgt 3 364 322 Mk. (i. V. 1 791 389 Mk.), die Generalreserven forderten 603 106 Mk. (i. V. 477 145 Mk.), so daß nach Abschreibungen von 792 478 Mk. (i. V. 757 157 Mk.) ein Reingewinn von 2 010 918 Mk. (i. V. 1 081 263 Mk.) verbleibt. Es wird folgende Verwendung vorgeschlagen: Zum Reservefonds, um denselben auf die volle Höhe von 10 Proz. zu bringen, 87 747 Mk. (50 045 Mk.), 15 Proz. (6 Proz.) Dividende 477 600 Mk. (191 040 Mk.), Tantieme für Vorstand und Aufsichtsrat 142 100 Mk. (46 600 Mk.), Arbeiter-Unterstützungsfonds 100 000 Mk. (39 000 Mk.), Kriegs-Sonderrücklage 1 140 000 Mk. (100 000 Mk.), Vortrag 53 469 Mk. (42 180 Mk.).

A.-G. für Strumpfwarenfabrikation vorm. Max Segal in Berlin.

Dem Geschäftsbericht für 1915 zufolge war die Gesellschaft wie auch im Vorjahre in allen Betrieben äußerst stark beschäftigt. Der Reingewinn beträgt einschließlich des Vortrages von 20 941 Mk. und von 40 043 (47 843 Mk.) Abschreibungen sowie nach Abhebung von 230 000 Mark für Kriegsgewinnsteuer 239 305 Mk. (158 886 Mk. i. V.). Der Vorstand schlägt folgende Verwendung vor: Rücklage 11 965 Mk. (7945 Mk.), Sonderrücklage 10 000 Mk. (25 000 Mk.), wie bereits mitgeteilt, 14 Proz. (10 Proz.) Dividende gleich 140 000 Mk. (100 000) Mark, Aufsichtsrat 10 000 Mk. (3000 Mk.), Kriegsunterstützungen 20 000 Mk. (0) und Vortrag 47 340 Mk. (20 941 Mk.). Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres kann die Verwaltung mit Rücksicht auf die regierungsseitig verfügte Beschlagnahme von Garnen bestimmte Angaben nicht machen.

Rohstofffragen der Textilindustrie.

Zwangssyndikat im deutschen Baumwollgewerbe.

In der Hauptversammlung der Kreisländer Baumwollspinnerei vom 26. Februar wurden Andeutungen darüber gemacht, daß für die Zeit nach dem Kriege die Einführung eines Zwangssyndikates im deutschen Baumwollgewerbe geplant sei. Ueber die Art dieses Zwangssyndikats werden jetzt auf Umwegen durch amerikanische Blätter Mitteilungen bekannt, die, obwohl sie noch der Bestätigung bedürfen, doch der Erwähnung wert sind. Danach sollen bei der Einführung des Syndikats die Verbraucher ihre Baumwolle im Auslande nur unter Aufsicht der Regierung einkaufen dürfen, um so ein Gegengewicht gegen etwaige Preissteigerungen zu schaffen. Auf Grund von Erhebungen soll außerdem die gleichmäßige Verteilung des Rohstoffes nur durch das Syndikat an die einzelnen Spinner erfolgen.

Baumwollkäufe für deutsche Rechnung in Amerika

auf Lieferung nach Friedensschluß sollen, nach Berichten amerikanischer Blätter, in großem Maßstabe abgeschlossen worden sein. In den Südstaaten sollen in dieser Beziehung Abschlässe über 400 000 Ballen gemacht sein. Große Verkäufe in Texas und Manphis sind nach denselben Quellen auch für Rechnung österreichischer Baumwollspinner zustande gekommen.

Vom australischen Wollmarkt

wird gemeldet, daß die Vereinigten Staaten von Amerika auf den jüngsten Wollversteigerungen über 150 mal mehr Wolle eingekauft haben als in Friedenszeiten zur gleichen Zeit. Der Einkauf Italiens habe sich sogar um das 350fache gesteigert. Demzufolge sei wahrscheinlich, in Verbindung mit der verkleinerten Wollzeugung, mit ziemlich beträchtlichem Minderangebot von Wolle für das nächste Jahr zu rechnen.

Die Aushungerung des deutschen Wollhandels und Wollgewerbes

empfehlen englische Fachblätter. Nach diesen Quellen sollen deutsche Agenten Wollen in Argentinien und Uruguay, welche im Jahre 1914 für Rechnung nordfranzösischer Wollindustrieller bestimmt waren und unverwendbar seien, für deutsche Verbraucher zu verhältnismäßig billigen Preisen aufgekauft haben, um sie nach Friedensschluß nach Deutschland zu bringen. Es wird empfohlen, diesem deutschen Manöver entgegenzuwirken und Sorge zu tragen, daß Wollen neuer Schur nicht an Deutsche verkauft werden, um so die „Aushungerung des Wollhandels und des Wollgewerbes in Deutschland“ vollständig zu machen. Wir glauben nicht, daß diese Empfehlung wirksam werden wird.

Der Baumwollhandel der neutralen Länder unter englischer Kontrolle.

Wie sehr England durch seine Maßnahmen den Handel der neutralen Länder schädigt, geht aus einer amtlichen Statistik hervor, die die englische Regierung über die Zufuhr von Baumwolle an die neutralen europäischen Länder veröffentlicht. Danach hat an Baumwolle seit 1. August erhalten:

| | | |
|----------|-------------------|-------------------------------------|
| Holland | nur 66 986 Ballen | gegen 610 202 in der vorigen Saison |
| Norwegen | 7 105 | 56 478 |
| Schweden | 39 806 | 687 911 |
| Dänemark | 400 | 41 812 |

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Neuordnung in Ronsdorf.

Eine Neuordnung der Arbeitslosenunterstützung, infolge der Sonderbestimmungen für die Textilarbeiter, genehmigte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung, mit Wirkung ab 1. Mai d. J. Nach den neuen Grundsätzen wird an Arbeitslosenunterstützung gewährt:

- a) Bar: für den männlichen Haushaltungsvorstand monatlich 48 Mk., für den weiblichen Haushaltungsvorstand monatlich 40,50 Mk., für jedes weitere Mitglied der Familie monatlich 15 Mk.
- b) Miete: für jedes Zimmer wird eine monatliche Mietbeihilfe von 4 Mk. an den Vermieter gezahlt. Ein Wandstuhl rechnet wie ein Zimmer. Der Höchstpreis der Miete soll 30 Mk. monatlich nicht übersteigen.
- c) Weiter werden die Krankenversicherungsbeiträge für die völlig Arbeitslosen ganz auf die Stadt übernommen, und zwar für die männlichen in der 5. (72 Pf. pro Woche) und für die weiblichen in der 3. Lohnstufe (45 Pf. pro Woche).

Die Arbeitslosenunterstützung ist in voller Höhe zu zahlen, wenn kein Nebeneinkommen vorhanden ist. Sie ist zu kürzen, wenn und soweit Nebeneinkommen die Hälfte der obigen Barunterstützung übersteigt.

Als Nebeneinkommen sind alle Geldbezüge anzusehen, ohne Rücksicht, ob sie aus Lohn, Renten oder Unterstützungen anderer Art bestehen.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt halbmonatlich nachträglich. Mit der Kontrolle der Arbeitslosen sollen besondere Angestellte beauftragt werden, die das Recht haben, bei den Arbeitgebern und den Arbeitslosen die Unterlagen für etwaiges Einkommen einzusehen.

Die Arbeitslosen sind verpflichtet, sich selbst ständig um Arbeit umzusehen und ihnen nachgewiesene Arbeit anzunehmen. Sofern Arbeitslose die nachgewiesene Arbeit glauben ablehnen zu können, haben sie die Entscheidung des Finanzamtschusses zu beantragen.

Derjelbe Ausschuss prüft auch diejenigen Fälle, in denen wiederholte Arbeitsverweigerung vorliegt und entscheidet, ob die Verweigerung berechtigt war, auch ob und welche Art von Unterstützung der Arbeitslose oder seine Familie noch erhalten soll.

Gesuch um Erhöhung der Unterstützung in Reuß i. L.

Durch die Textilarbeiterfürsorge ist der Anspruch auf Unterstützung der ganz oder teilweise arbeitslosen Textilarbeiter anerkannt worden. Es sind Unterstützungssätze festgesetzt worden, die nicht nur nach Höhe und Berechnungsart, sondern auch in den einzelnen Textilbezirken sehr verschieden sind. Gemessen an normalen Verhältnissen hinsichtlich der Kaufkraft des Geldes konnte man die Sätze zur Linderung der größten Not als ausreichend bezeichnen. Diese Kaufkraft des Geldes war aber bereits bedenklich gesunken und ist nach Inkrafttreten der Unterstützung noch mehr niedergelassen durch die ganz anormale Steigerung der Preise für Nahrungs- bzw. Lebensmittel. In die gewerkschaftlichen Organisationen sind deshalb wiederholt Klagen gerichtet worden über Unzulänglichkeit der Unterstützung. Der Deutsche Textilarbeiterverband und auch der Christliche Textilarbeiterverband haben sich infolgedessen notgedrungen gezwungen gesehen, bei den maßgebenden Behörden um eine Erhöhung der Unterstützungssätze im Fürstentum nachzusuchen. Beide Organisationsverwaltungen haben eine diesbezügliche Eingabe an Regierung, Landratsamt und Gemeindevorstand gerichtet. In Nachbarstaaten ist die Unterstützung schon jetzt höher, so daß die Hoffnung nicht unberechtigt erscheint, daß im Hinblick hierauf auch bei uns dem Ansinnen der beiden Arbeiterorganisationen Rechnung getragen wird.

Die Unterstützung im Kreise Waldenburg i. Schl.

Das tatsächliche Einkommen des fürsorgeberechtigten Arbeiters ist auf den Grundbetrag zusätzlich des Zuschusses ergänzt worden. Als tatsächliches Einkommen gilt der Arbeitsverdienst, der bei dem gewohnten Arbeitgeber erzielt wird und zwei Drittel von dem, was er sonstwie und sonstwo an Arbeitsverdienst erzielt; bloße Zufallsverdienste und Zuzugszulagen kommen aber nicht in Anrechnung. Der Grundbetrag beträgt für erwachsene Arbeiter wöchentlich 12 Mk., Arbeiterinnen 9 Mk., Jugendliche unter 16 Jahren 7,20 Mk., jedoch höchstens neun Zehntel des vom 17. Mai bis 14. August 1915 erzielten Durchschnittsverdienstes. Zu dem Grundbetrag tritt ein Familienzuschuß von 1 Mk. für jedes nicht fürsorgeberechtigte und nicht arbeitsfähige Mitglied der Familie hinzu, doch nur, wenn nur ein fürsorgeberechtigter oder überhaupt nur ein Ernährer vorhanden ist. Wo also Mann und Frau arbeiteten und dadurch beide fürsorgeberechtigt sind, erhalten sie für ihre etwaigen Kinder den Familienzuschuß nicht.

Erhöhung der Unterstützung in Chemnitz.

Der Ausschuss für Textilarbeitslosenfürsorge der Stadt Chemnitz hat in seiner Sitzung am 11. Mai 1916 nachstehende Erhöhungen der Unterstützungssätze beschlossen: Als Regelsätze werden folgende Wochenbeträge gewährt:

| | | |
|---|----------|-------------|
| Es erhalten: | Bisher: | Zu Zukunft: |
| a) ein Ehepaar | 14,— Mk. | 16,— Mk. |
| b) ein Textilarbeiter mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend | 9,— " | 10,— " |
| c) eine Textilarbeiterin mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend | 7,50 " | 8,50 " |
| d) ein Textilarbeiter, der den Haushalt seiner Angehörigen teilt | 8,— " | 8,— " |
| e) eine Textilarbeiterin, die den Haushalt ihrer Angehörigen teilt | 7,— " | 7,50 " |
| f) jedes Kind unter 15 Jahren (bis zu vier Kindern) | 2,50 " | 3,— " |
| g) Kinder über 15 Jahre und sonstige Familienangehörige, die von der unterstützten Person zu unterhalten sind | 5,— " | 6,— " |

Punkt 6 der Bestimmungen wird dahin abgeändert, daß „in der Regel“ der durchschnittliche Lohnsatz, den der Unterstützte zur gewöhnlichen Zeit hat, nicht überschritten wird.

Erhöhung in Limbach i. S.

Die am 27. April 1916 beschlossene Erhöhung der Unterstützung im Bereiche des Amtshauptmannschaftsbezirks Chemnitz-Land, über die wir in Nr. 19 des „Textilarbeiter“ berichteten, gilt auch im vollen Umfange für Limbach i. S.

Minderung der Unterstützung im Bezirk der Amtshauptmannschaft Zwickau.

Der Bezirksausschuss der Königl. Amtshauptmannschaft Zwickau hat wieder einige Minderungen beschlossen, die in einem Punkt eine Verschlechterung darstellen sollen. Wir können aus dem uns vorliegenden Material die Tragweite dieses verschlechternden Beschlusses nicht feststellen. Es handelt sich um den § 8. Die neuen Bestimmungen lauten:

An Stelle von § 8 Absatz 1 treten folgende Absätze. Die Unterstützung soll im Durchschnitt nicht mehr betragen als der Arbeitsverdienst, den der Unterstützungsbedürftige vor Eintritt der in § 1 erwähnten Arbeitsbeschränkungen gehabt hat. Bei ungleichmäßiger Beschäftigung kann aus dem Arbeitsverdienste mehrerer Wochen der Durchschnittswochenverdienst errechnet und bei Auszahlung der Unterstützung zugrunde gelegt werden.

Die Unterstützung besteht aus einer wöchentlichen Unterstützung für entgangenen Lohn nach folgenden Sätzen:

- a) für ein kinderloses Ehepaar 15 Mk.
- " alleinstehende männliche Personen 10 "
- " alleinstehende weibliche Personen 9 "
- b) " Personen über 16 Jahre ohne eigenen Haushalt, die bei Angehörigen wohnen 7 "
- c) " Jugendliche von 14 bis 16 Jahren 5 "

Die Unterstützungssätze sind um 1 Mk. pro Woche erhöht worden.

Vom Wirtschaftskrieg.

Wann kommt der Friede?

Wir lesen in den (liberalen) „Münchener Neuesten Nachrichten“ die folgenden wahren Worte:

Auf diese millionenfach gestellte Frage gibt es nur eine Antwort: Erst dann, wenn es gelungen sein wird, in dem durch England aufgezwungenen Wirtschaftskrieg einen durchschlagenden, zweifelsfreien Wirtschaftssieg zu erringen. Dieser aber ist erst dann, wenn die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung eine bis in alle Einzelheiten ausgebaute einheitliche Organisation geworden ist; wenn Erzeugung, Handel und Verbrauch gleichmäßig, aus eigener wirtschaftlicher Kraft heraus, lückenlos und sicher geregelt sind.

Nur eine solche Organisation, deren glatter Betrieb, auf beliebige Jahre hinaus, offen vor aller Welt liegt, und der geschirmt ist durch die unüberwindliche Angriffs- und Verteidigungskraft unserer heldenhaften See, wird mit dem Schwergewicht einer unabänderlichen Tatsache bei England den Frieden automatisch erzwingen.

Im Gegenjag hierzu sind alle örtlichen Ausschüsse oder solche für eine gewisse Zeitpanne, ist die tödliche Angst vor einem Kriegsjournalismus, ist alles Flickwerk zur Schonung einseitiger Interessen, alles Schielen auf plöcklich einsetzende Friedensmöglichkeiten durch Vermittelungen anderer oder durch diplomatische oder banktechnische Kunststücke unbedingt friedensschädlich.

Wer anders denkt, kennt England nicht; verkennt und verächtelt sich an dem Opfermut und Opferwillen unseres großen Volkes und trägt die Schuld für Tod und Verstümmelungen Tausender seiner Söhne.

Der Friede kommt erst nach dem großen Siege in der Heimat.

Das ist mit anderen Worten dasselbe, was wir in unserem Artikel über die Neuorganisation der Lebensmittelversorgung im Reich gesagt haben.

Für unsere Frauen.

Krieg und Frauenerwerbsarbeit. Frauenerwerbsarbeit und Staatsbürgerrecht.

II.

An allen diesen Dingen ist die arbeitende Frau selbstverständlich stark interessiert, muß es sein. Und welcher Frau hat sich in dieser schweren Zeit nicht schon der Gedanke aufgedrängt, daß es um die Bemessung der Familienunterstützungen, um die gesamte Kriegsjorge und nicht zuletzt um die Festsetzung der Lebensmittelpreise, um die Verbrauchsfestsetzung und um die gerechte Verteilung der Lebensmittel besser bestellt wäre, wenn in wirtschaftlichen Dingen erfahrene, in Familienernährung und Haushaltsführung bewanderte Frauen in den zuständigen Korporationen hätten mitwirken können? Haben nicht viele tauende Frauen den Beweis erbracht, daß sie befähigt sind, größere Aufgaben zu lösen, als sie die Geschäfte ihrer Männer selbständig weiterführten, die Lenker ihrer Männer übernahmen, die Sorge um die Familie allein auf sich nahmen? Ja, Staat und Gemeinden haben es in dieser Kriegszeit zugegeben, daß im allgemeinen Verwaltungsweisen weiblicher Rat und weibliche Mitarbeit unentbehrlich sind. Wie könnte es auch anders sein? Bringen doch die Frauen nicht nur Verstand, sondern auch Gefühl für solche Lenker mit, eine Veranlagung, die zum Guten ausschlagen muß, wenn es sich um die von den Gemeinden auszuübende fürsorgende Tätigkeit handelt.

Es ist deshalb eine dringende Forderung der gesamten Arbeiterklasse, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre zu allen öffentlichen und Verwaltungsvorgängen in Reich, Staat und Gemeinde zu erhalten. Damit würde die politische Gleichberechtigung der Frauen herbeigeführt, würden sie einen bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben in der Lage sein. Und mehr noch. Die politisch mündige Frau würde alle Einrichtungen prüfen auf ihre Zweckmäßigkeit oder ihre Verbesserung; ihr Wahlrecht gibt ihr ja die Möglichkeit, an der besseren Ausgestaltung der Allgemeinheit dienender Einrichtungen mit zu arbeiten. Dadurch würde ihr allgemeines Interesse an der äußeren und inneren Politik des Reiches geweckt, ihr Verantwortlichkeitsgefühl gesteigert, und in der Ausübung ihres Rechtes als Staatsbürgerin würde sie in Gemeinschaft mit dem Manne Wertvolles für die Gesamtheit zu leisten imstande sein.

Den hohen Wert der politischen Gleichberechtigung der Frauen hat auch die Arbeiterklasse längst erkannt, sie ist mit Nachdruck für diese Forderung eingetreten. Der Weg, den die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren vielen Verwendungsmöglichkeiten für weibliche Arbeit genommen hat, muß auch zur politischen Selbstständigkeit der Frauen führen. Die Träger dieser Forderung sind ebenfalls die Organisationen der Arbeiter, die den ihr Recht heischenden Frauen die Kraft verleihen, sich dieses Recht zu erkämpfen.

Nach dem Kriege sollen, so hoffen wir alle, Verhältnisse geschaffen werden, die der Arbeiterklasse ein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen sichern. Die Arbeiterinnen sollen und müssen an der Neugestaltung der Dinge mitarbeiten. Jede Arbeiterin wird mit größerer Begeisterung für die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Klasse arbeiten und wirken, wenn die soziale Ungleichheit beseitigt und sie als Gleichberechtigte die Interessen ihrer Klasse wahrnehmen kann. Die Stellung, die der Frau im Wirtschaftsleben der Zukunft zufällt, erfordert ihre Mitwirkung auf allen Gebieten des öffentlich-rechtlichen Lebens. Und darum kann sie sich nicht mit dem indirekten politischen Einfluß begnügen. Sie braucht das Wahlrecht, um die Gesellschaft auf der Bahn der Reformen vorwärts zu treiben. Sie kann als freie Staatsbürgerin, ausgerüstet mit dem

vollen Bürgerrecht, für ihre Interessen viel erfolgreicher eintreten, als unter der gesetzlichen Bevormundung des Mannes, sie würde damit auch dem Volksganzen viel wertvollere Dienste leisten können.

Es ist deshalb so dringend wie notwendig, daß sich bei allen Arbeiterinnen die Ueberzeugung durchsetzt, daß sie das Recht der politischen Betätigung auf allen Gebieten als Frau, als Mutter und als Arbeiterin zu fordern haben, und daß sie diese Forderung nur durch Anstreben an ihre Berufsorganisation, die alle rechtlich Benachteiligten umfaßt, erheben und durchsetzen können. Mehr als je zuvor wird in Zukunft die Zugehörigkeit zu ihrer Berufsorganisation für jede Arbeiterin zur Lebensnotwendigkeit, wenn sie sich gewerkschaftlich und politisch, die Interessen ihrer Klasse fördernd, betätigen will.

Martha Sopppe.

Die Kriegswochenhilfe.

Da bei Auslegung der Bundesratsverordnungen über die Kriegswochenhilfe darüber Zweifel entstanden sind, ob die Leistungen derselben im Entbindungsfalle auch den Ehefrauen solcher Kriegsteilnehmer zustehen, die infolge von Krankheit oder Verwundung aus dem Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Dienst ausgeschieden sind, ihre Erwerbsfähigkeit aber zu einem gewissen Teile wiedererlangt haben, hat das Reichsamt des Innern auf eine Anfrage unter Vorbehalt der Entscheidung im Spruchverfahren sich geäußert, daß nicht schon jede geringwertige Erwerbstätigkeit oder die Möglichkeit einer solchen das Recht auf die Wochenhilfe ausschließen soll: „es muß vielmehr eine Erwerbsfähigkeit vorhanden sein, die zwar der normalen bzw. der früheren des betreffenden Ehemannes nicht gleich oder auch nur sehr nahe zu kommen braucht, die aber immerhin noch für die Möglichkeit ausreichende den nötigen Lebensunterhalt für die eigene Person und für die Familie zu beschaffen. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, wird sich jeweils nur nach den Umständen des Einzelfalles bestimmen lassen. Die Angabe eines bestimmten Prozentjahres der Erwerbsbeschränkung, der für die Gewährung oder Nichtgewährung der Leistung maßgebend zu sein hat, ist daher nicht wohl anzunehmen. Dem freien Ermessen der für die Bewilligung zuständigen Stellen ist hier also ein gewisser Spielraum gelassen. Es dürfte sich empfehlen, hierbei wohlwollend zu verfahren, in Zweifelsfällen es aber doch auf die Entscheidung der im Streitverfahren zuständigen Spruchinstanzen ankommen zu lassen.“

Wir finden, diese Auslegung ist so gewunden, daß wohl alles andere, nur keine den Verhältnissen gerecht werdende Anwendung stattfinden wird. Das richtigste war doch zu sagen, solange der ehemalige Kriegsteilnehmer durch Folgen der Kriegsteilnahme daran gehindert wird, das Einkommen zu erlangen, was er vor dem Kriege hatte, muß seiner Ehefrau die Kriegswochenhilfe zugewandt werden.

Vermischtes.

Schulknaben als Telephondrahtdiebe.

Seit Februar 1913 wurden mit kürzeren oder längeren Unterbrechungen in Wien und Umgebung umfangreiche Diebstähle an Telephondraht ausgeführt. Nunmehr gelang es, die Schuldigen dingfest zu machen. Es ist eine Bande von Schulknaben von 12 bis 15 Jahren. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Berichte aus Fachkreisen.

Barmen. Wir hielten am 6. Mai im „Gewerkschaftshaus“ eine Generalversammlung ab. Nach einem Vortrage des Kollegen Steinbrink-Düffel über das Thema: „Was muß geschehen, wenn unser Verband die Textilarbeiter nach dem Kriege vor vollständiger Degeneration schützen soll?“ wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten Mitglieder der Filiale Barmen erkennen an, daß der Deutsche Textilarbeiterverband in Sachen der Unterstützungsfaktion für erwerbslos oder beschränkt arbeitende Textilarbeiter und -arbeiterinnen in vollem Maße seine Schuldigkeit getan hat.“

Sie erklaren in der Regelung der Unterstützungsfrage im wesentlichen ein Verdienst des Wirkens der Verbandsfunktionäre. Mit dem Referenten sind die Verbandsmitglieder der Ueberzeugung, daß die Textilarbeiterschaft nach dem Kriege zum Zwecke der Verhinderung physischer Degeneration dringender als zuvor einer starken, finanziell gefestigten Organisation benötigt und verpflichtet sind zu emsiger propagandistischer Tätigkeit.

Die Versammlung beschließt deshalb, nach dem Kriege, von einem vom Verbandsvorstand näher zu bestimmenden Zeitpunkte ab bei günstiger Geschäftskonjunktur die Mindestbeiträge nur noch entsprechend der Klasse 3 (45 Pf.) für weibliche Mitglieder und der Klasse 4 (55 Pf.) für männliche Mitglieder zu erheben.“

Einen Bericht vom Gewerkschaftsamt gab Kollege Struy-Barmen und behandelte hauptsächlich Genossenschaftsfragen. Der Redner legte nachstehenden, dem Gewerkschaftsamt zur Beschlußfassung zu unterbreitenden Antrag vor, welcher einstimmig Annahme fand. Es heißt darin, die Gewerkschaftskommission Barmen-Elsfeld erwarte von den Genossenschaften, daß sie das Interesse für das gesamte Genossenschaftsproblem bei den Mitgliedern wach erhalten, daß sie insbesondere zu den Aufsichtsrats- und Genossenschaftswahlen rechtzeitig Stellung nehmen und die Bedeutung der Wahlen dadurch zum Ausdruck bringen, daß bei der Aufstellung von Kandidaten nur geeignete, vom Geiste der Arbeiterbewegung durchdrungene Mitglieder in Vorschlag gebracht werden.

Burgstädt. In der Generalversammlung der Filiale Burgstädt des Deutschen Textilarbeiterverbandes, abgehalten am 13. Mai 1913 im Restaurant zur Deutschen Flotte in Burgstädt, wurde nach überzeugendem Referat des Kollegen Gauleiter Sachse über „Die Gewerkschaftstätigkeit jetzt und nach Friedensschluß, unsere Finanzkraft und Beitragserhöhung“ einstimmig beschlossen, nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse nach Friedensschluß die 35-Pf.-Klasse für weibliche und die 45-Pf.-Klasse für männliche Mitglieder in Wegfall zu bringen. Die vom Vorsitzenden Kollegen Zicherpe zum Vortrage gebrachte und einstimmig angenommene Resolution erklärt, daß nach dem Kriege, von einem vom Verbandsvorstand näher zu bezeichnenden Zeitpunkte ab, bei günstiger Konjunktur die Mindestbeiträge nur noch entsprechend der Klasse 3 (45 Pf.) für weibliche Mitglieder und der Klasse 4 (55 Pf.) für männliche Mitglieder zu erheben seien.

Die Diskussion war eine ergiebige und bewegte sich von seiten aller Redner nur im zustimmenden Sinne.

Die Versammlung war vom besten Geiste befeuert und es wurde am Schlusse vom Vorsitzenden noch besonders darauf hingewiesen, daß es dringend erforderlich ist in so ernsten Zeiten, daß sich auch die berufenen Vertreter in den einzelnen Ortsauschüssen der Textilarbeiterfürsorge, soweit sie unseren Organisationen angehören, mehr als bisher am Versammlungsweesen beteiligen. Die interessierte

Textilarbeiterschaft und die Ausschußmitglieder selbst würden dadurch nur gewinnen können, da die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses für Textilarbeitslosenfürsorge in den Verbandsversammlungen bekannt würden, und hierdurch erst die volle Möglichkeit der Durchführung dieser Beschlüsse garantiert sei.

Gannstatt. Einen nachahmenswerten Gebrauch von ihrem — zweifellos recht hohen — Kriegsgewinn hat die hiesige Firma Gutmann u. Marx, Mechanische Gurten- und Bandweberei, anlässlich der Vermählung des Herrn L. Marx gemacht: sie hat, wie uns berichtet wird, 10 000 Mark an ihre Arbeiter verteilt, dergestalt, daß je nach dem Dienstalter und den Familienverhältnissen den einzelnen Personen 10 bis 200 Mk. zugewandt wurden.

Reipzig. (Tragischer Tod eines Textilarbeiters.) Auch als Kriegssopfer kann unser tödlich verunglückter Kollege Adam Gode, langjähriges Mitglied, betrachtet werden. Als Spinner mußte er auch die Folgen der Spinnerverbote tragen. Die Fabrikdirektion der Allgäuer Baumwollspinnerei und -weberei Weichach bemühte sich nach Kräften, den männlichen Arbeitern anderweitige Beschäftigung zu geben. Aus diesem Grunde und um dem Mangel an Brennholz zu begegnen, ließ sie aus ihren Waldbeständen Holz schlagen. Die Textilarbeiter spürten zwar, daß sie dieser Arbeit nicht gewachsen sind; teilweise, weil ihnen die Arbeit ungewohnt, und andererseits, weil ihnen zu der schweren Arbeit die Kräfte mangelten. Um sich aber den Vorwurf der Arbeitslosigkeit zu ersparen, harrten sie doch dabei aus. Da, eines Tages, wollte es das Unglück, daß bei dem Fällen einer Tanne unser Kollege Gode nicht mehr rechtzeitig abseits springen konnte; der Baum traf ihn mit voller Wucht so schwer, daß er schon nach einigen Tagen unter den größtlichen Schmerzen verstarb. Der Tod trifft neben seinen betagten Eltern eine junge Frau mit ihrem unmündigen Kinde um so schwerer, als der Verstorbene erst kurze Zeit vorher sich verheiratete. Aber auch unserem Verband und unseren Mitgliedern ist der Tod unseres Freundes ein schmerzlicher Verlust. G. wird uns sicher allen in ehrender Erinnerung bleiben.

Leipzig. Am 13. Mai hielten wir eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der Kollege Schrader - Berlin über die Finanzkraft des Verbandes und eine eventuelle Beitragserhöhung referierte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und nach kurzer Diskussion, durch die noch Mißverständnisse aufgeklärt wurden, nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „In Anbetracht der großen Finanznotlage der Finanzen unserer Verbands- und Lokalkasse während des Krieges und in der sicheren Voraussicht der wirtschaftlichen Kämpfe, die uns nach Beendigung des Krieges mit einem sich immer mehr zusammenschließenden Unternehmertum bevorstehen, mit einem Unternehmertum, das eher gestärkt als geschwächt aus dieser großen Welterschütterung hervorgeht, beschließt die heute (am 13. Mai 1916) im Volkshaus tagende Generalversammlung, von einem nach dem Kriege noch festzusetzenden Zeitpunkte ab die Mindestbeiträge für weibliche Mitglieder nur noch nach Klasse 3 (jezt 45 Pf.) und für männliche Mitglieder nach Klasse 4 (jezt 55 Pf.) zu erheben, sowie den Lokalzuschlag auf 10 Pf. festzusetzen.“ Beim dritten Punkt: Vorstandswahl, wurde Kollege Klöppel als erster Vorsitzender gewählt. — Unter „Verschiedenes“ wurde die Unzulänglichkeit der Textilarbeiterfürsorge einer Kritik unterzogen und der Wunsch ausgesprochen, es möchte dahin gewirkt werden, daß die Unterstützung erhöht wird und Unzulänglichkeiten beseitigt werden. — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Bruno Gläßer und Ella Rögener.

Delsitz i. B. Am 15. Mai wurde für den amtschauptmannschaftlichen Bezirk Delsitz i. B., zu welchem die Städte Dörf, Marktneufrieden und Schönrock mit allen in Frage kommenden Ortschaften gehören, ein Arbeitsnachweis für alle Berufe eingeführt. Das Bureau befindet sich Karolaftr. 16, part., und ist geöffnet von früh 8½ bis mittags 1 Uhr und von 2½ bis 6 Uhr abends, und zwar an drei Tagen: Montag, Freitag und Sonnabend. Hierdurch wird den Benachteiligten, welche Arbeiter bei Annahme von Arbeit erlitten, vorgebeugt; den Agenten wird das Handwerk gelegt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen können, wenn passende Stellen vorhanden sind, jegliche die Bedingungen, unter welchen sie die Arbeit annehmen, einsehen. Da von seiten der Amtschauptmannschaft auch auf die Unterstützung der Textilarbeiter im Bezirk gerechnet wird und wir in nächster Zeit unseren Einfluß geltend machen werden, ersuchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, bei eventueller Arbeitslosigkeit sich an den betreffenden Arbeitsnachweis zu wenden. S. W.

Briefkasten.

H. in W. Ihre Beschwerden über die Sprengstoffwerke in H. können wir aus Zensurgründen nicht abdrucken, wir dürften auch aus nachliegenden Gründen nicht sagen, wo sich die Werke befinden. Muß das unterbleiben, so würde aber auch die Kritik unfruchtbar sein. Eine Beschwerde an das Generalkommando würde bei diesem nur Beachtung finden, wenn wir auch unseren Gewährsmann nennen könnten, was wir aber grundsätzlich nicht tun. Wir müssen es Ihnen selber überlassen, sich dahin zu wenden. Gruß!

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 28. Mai, ist der

22. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche

Arbeitslosenzählung.

Für die Mai-zählung ist

Sonntag, den 27. Mai, Stichtag.

Zur Einfindung gelangt die graue Karte. Die Orts-

verwaltungen werden ersucht,

den auf den Karten vorge-

druckten Einfindungstermin

einzuhalten, damit sich die

Wahnungen erübrigen.

Der Vorstand.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Wenzel Heitmann,

Weber, 63 J., Altersschwäche.

Blaidach. Adam Gode, Spinner,

38 J., Unfall.

Griz. Gustav Schmelzer, Weber,

Dölan, 66 J., Schlaganfall.

Hamburg = Schiffbet. Selma

Brauns, Weberin, 41 J., Ope-

ration.

Jahnsdorf = Neufrieden. Ernst

Emil Kupf, 54 J., Lungen-

entzündung.

Verban. Oswald Richter, Frau-

reich, Weber, 68 J., Lungen-

leiden.

Zwidau. Helene Tröger, Wit-

tau, 25 J., Tuberkulose. Karl

Wibatsch, Spitzenweber, 42 J.,

Blutvergiftung.

Zwönitz. Johann Müller, Fa-

bricarbeiter, 62 J., Lungen-

leiden.

Im Felde gefallene oder in-

folge des Krieges gestorbene

Mitglieder.

Ghemnik. Hans Hoh, Aufpasser,

19 J.

Delmendorff. Josef Seidl, 36 J.

Frankenberg i. Sa. Paul

Timme, Tärberiarbeiter,

30 J.

Jahnsdorf = Neufrieden. Walter

Müller, Leufersdorf, 25 J.

Reichenbrand. Paul Grimm,

25 J.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Wittstod a. Doffe. Sonnabend,

3. Juni, abends 8 Uhr, bei

Lübbemann, Pritzwalker Vor-

stadt.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonntag, den 27. Mai

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \otimes versehenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Bornäts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Cämtlich in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.